

# 54 Chancen



**Afrika.** Eigentlich sind die 54 afrikanischen Staaten ideale Handelspartner: Der Kontinent ist reich an begehrten Bodenschätzen, er könnte große Mengen an grüner Energie liefern, er bietet mannigfache Investitionsmöglichkeiten und mit einer jungen Bevölkerung von rund 1,3 Milliarden Menschen ein großes Potenzial an Konsumenten und Arbeitskräften. Doch Deutschland und die anderen EU-Staaten schöpfen diese Möglichkeiten längst nicht aus. Dabei besteht auf afrikanischer Seite ein großes Interesse an einer intensiveren Zusammenarbeit mit hiesigen Unternehmen, sagt Christoph Kannengießer, Geschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft. —> [Seiten 2-5](#)

## Konjunktur

Der Irankrieg tangiert auch Deutschland: Falls der Ölpreis auf 150 Dollar je Barrel steigt, fällt die Wirtschaftsleistung 2026 und 2027 um 80 Milliarden Euro niedriger aus.

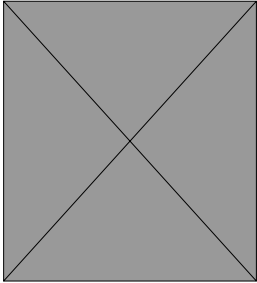
—> [Seite 6](#)

## Rheinland-Pfalz

Am 22. März wird in Rheinland-Pfalz ein neuer Landtag gewählt. Aus Sicht der Bürger ist vor allem das Bildungssystem reformbedürftig.

—> [Seite 7](#)

# Der vernachlässigte Kontinent



**Afrika.** Zwar ist die EU bereits heute der wichtigste Handelspartner Afrikas, allerdings sind die Warenströme vergleichsweise klein. Angesichts zunehmender weltweiter geopolitischer Spannungen und Abhängigkeiten sollten Brüssel und Berlin die Handelsbeziehungen zum afrikanischen Kontinent weiter ausbauen.

Der „große vernachlässigte Kontinent“, so bezeichnete Bundeskanzler Friedrich Merz Afrika beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung im Kanzleramt im vergangenen August. Angesichts von aktuell 1,3 Milliarden Einwohnern und jeder Menge Bodenschätze, insbesondere kritischer Rohstoffe, würde er genau das gerne ändern und warb deshalb dafür, bei der Suche nach neuen Handelspartnern auch an Afrika zu denken.

Tatsächlich ist der Außenhandel zwischen Deutschland und Afrika ausbaufähig (Grafik links):

**Die deutschen Exporte nach Afrika sind zwischen 2015 und 2024 um gerade einmal 10 Prozent auf 26 Milliarden Euro gestiegen.**

Etwas besser haben sich die deutschen Importe aus Afrika entwickelt. Im Jahr 2015 führte die Bundesrepublik Güter für rund 18 Milliarden Euro aus den 54 afrikanischen

Staaten ein, 2024 bezifferten sich die Importe auf immerhin 32 Milliarden Euro. Wichtigster Handelspartner ist Südafrika: So stand das Land im Jahr 2024 für fast 35 Prozent aller deutschen Exporte in den afrikanischen Kontinent und für nahezu 40 Prozent der deutschen Importe von dort. Andere wichtige afrikanische Handelspartner Deutschlands sind Ägypten, Marokko und Tunesien.

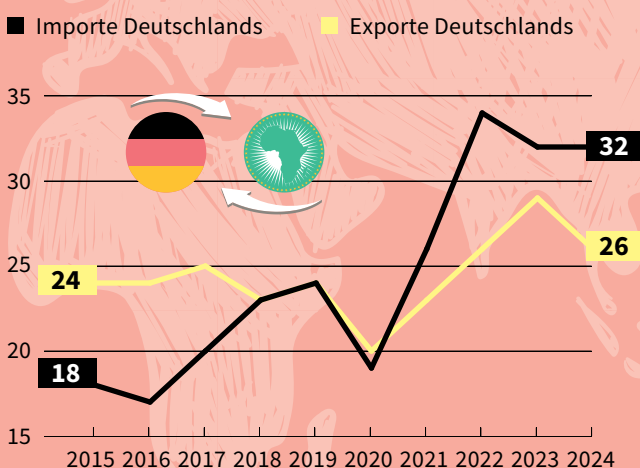
Auch die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Afrika konnten im untersuchten Zeitraum nur einen leichten Aufwärtstrend verzeichnen (Grafik rechts):

**Im Jahr 2015 exportierten die EU-Staaten Waren für rund 144 Milliarden Euro nach Afrika. 2024 waren es gut 166 Milliarden Euro, rund 15 Prozent mehr.**

Bei den europäischen Importen aus Afrika ist die Entwicklung – analog zu Deutschland – dynamischer. So

## Deutschlands Warenhandel mit Afrika

Für so viele Milliarden Euro führte Deutschland Waren aus Afrika ein und nach Afrika aus

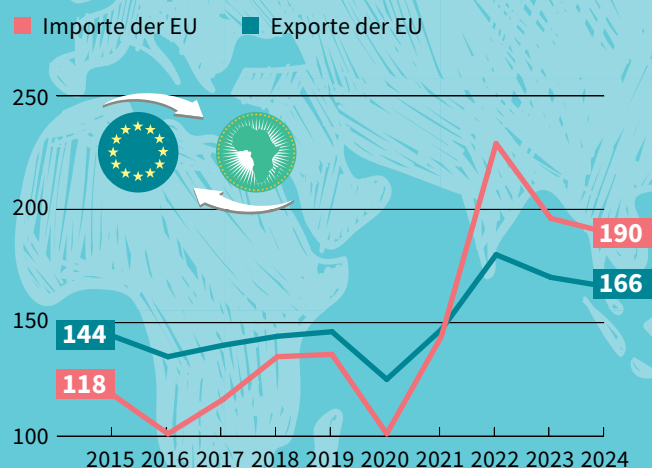


Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

## Europäischer Warenhandel mit Afrika

Für so viele Milliarden Euro führte die EU Waren aus Afrika ein und nach Afrika aus



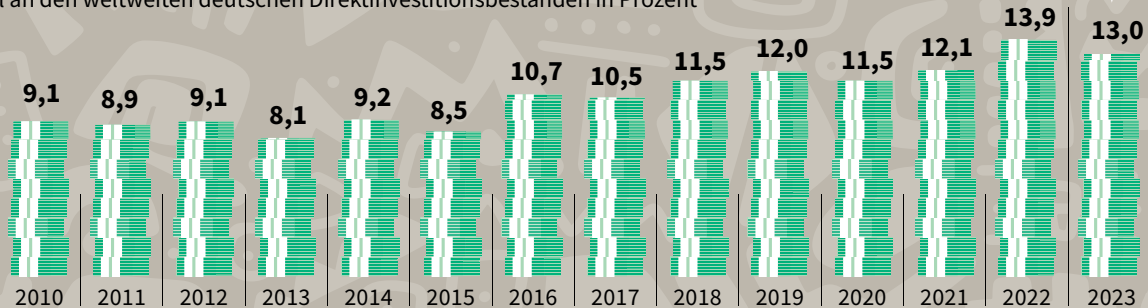
Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

## Afrika: Wenig gefragtes Ziel deutscher Kapitalgeber

Deutsche Direktinvestitionsbestände in Afrika in Milliarden Euro

■ Anteil an den weltweiten deutschen Direktinvestitionsbeständen in Prozent



Quelle: Deutsche Bundesbank  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

sind die EU-Einfuhren seit 2015 um rund 60 Prozent auf 190 Milliarden Euro gestiegen.

Auch wenn regelmäßig über das große chinesische Engagement in Afrika berichtet wird: Der wichtigste Handelspartner Afrikas ist die EU – und zwar mit deutlichem Abstand. Die EU-Staaten standen im Jahr 2024 für 28 Prozent der afrikanischen Importe und für fast 35 Prozent der afrikanischen Exporte. China kommt auf einen Anteil von 21 Prozent bei den Importen und annähernd 15 Prozent bei den Exporten. Für die EU selbst steht der Handel mit Afrika dagegen nur für 7,7 Prozent aller Extra-EU-Importe und für 6,4 Prozent aller Extra-EU-Exporte.

Dass der Warenaustausch mit den afrikanischen Ländern relativ verhalten ist, hängt aus europäischer Perspektive vor allem damit zusammen, dass es in Afrika an kaufkräftiger Kundschaft fehlt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner lag in Afrika 2024 bei durchschnittlich 2.400 Dollar und war damit ähnlich niedrig wie in Indien. Zum Vergleich: Deutschlands BIP pro Kopf belief sich im selben Jahr auf rund 56.000 Dollar.

Eine der Ursachen für Afrikas niedrige Wirtschaftsleistung ist die Tatsache, dass der Kontinent den Großteil seiner Rohstoffe unverarbeitet exportiert. Das bedeutet: Die Wertschöpfung findet woanders statt.

Auch der afrikanische Binnenmarkt ist ausbaufähig. Der Handel zwischen den afrikanischen Staaten beträgt derzeit nur etwa 17 Prozent des gesamten Außenhandels der 54 Länder. Im europäischen Binnenmarkt liegt dieser Wert bei knapp 55 Prozent. Um das von der UNCTAD (United Nations Conference on Trade und Development) im jüngsten Afrika-Report genannte zusätzliche afrikanische Handelspotenzial in Höhe von 3,4 Billionen Dollar zu erschließen, müsste die Afrikanische Union die kontinentale Freihandelszone vollenden – also Zölle und

nichttarifäre Handelshemmnisse im innerafrikanischen Handel abbauen. Doch das dauert: Erst 2063 sollen die letzten Zollhürden abgebaut sein.

Um eine ausreichende Stromversorgung, Transportwege, Industrie, Konsumgüter und Arbeitsplätze in Afrika vorzuhalten und zu schaffen, braucht es Investitionen. Die weltweiten Investitionszuflüsse nach Afrika haben 2024 zwar mit 97 Milliarden Dollar einen Rekordwert erreicht, doch das enorme Plus von 75 Prozent im Vergleich zum Vorjahr geht hauptsächlich auf ein großes Städtebauprojekt in Ägypten zurück.

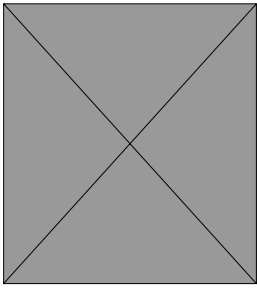
Bei den Direktinvestitionsbeständen in Afrika, die das längerfristige Engagement ausländischer Kapitalgeber besser widerspiegeln, lag die EU mit rund 239 Milliarden Euro im Jahr 2023 an erster Stelle. Die Beteiligung deutscher Kapitalgeber ist eher bescheiden (Grafik):

**Die deutschen Direktinvestitionsbestände in Afrika beliefen sich 2023 auf knapp 13 Milliarden Euro.**

Zwar hat sich ihr Wert seit 2010 um rund 41 Prozent erhöht, aber zuletzt entsprachen sie lediglich 0,8 Prozent aller Direktinvestitionsbestände deutscher Unternehmen im Ausland. Diese Zurückhaltung dürfte auf die politische Situation, die häufig unsichere Rechtsstaatlichkeit sowie auf die weit verbreitete Korruption in vielen afrikanischen Staaten zurückzuführen sein. Doch in Zeiten großer geopolitischer Spannungen bietet ein vertiefter wirtschaftlicher Austausch mit Afrika, der die Förderung der lokalen Wertschöpfung unterstützt, Chancen auf positive Wohlstandseffekte auf beiden Seiten.

### IW-Kurzbericht

Thomas Obst, Samina Sultan:  
Megatrends in 2026 – Chancenkontinent Afrika?



**Interview.** Auf dem afrikanischen Kontinent entsteht die größte Freihandelszone der Welt, doch deutsche Investitionen in den 54 Ländern Afrikas sind rar. Warum sich ein Engagement lohnt und welche Branchen besonders vielversprechend sind, erläutert **Christoph Kannengießer**, Hauptgeschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft.



Foto: Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft

## „Alles spricht für Afrika“

### **Auf einer Skala von null bis zehn: Wie intensiv schätzen Sie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Afrika aktuell ein?**

Die Frage ist nicht ganz einfach zu beantworten. Wenn man die Anteile Afrikas am Außenhandel und an den Direktinvestitionen als Maßstab nimmt, so liegen wir auf der Skala unter eins. Dies ist angesichts der aktuellen geopolitischen und geoökonomischen Lage sicherlich viel zu gering. Es ist dringend notwendig, dass sich die deutsche Wirtschaft stärker strategisch mit Afrika befasst und sich in diese Richtung diversifiziert – sowohl in den Beschaffungsmärkten als auch in den Absatzmärkten sowie im Hinblick auf die Direktinvestitionen.

### **Warum ist Deutschland bisher so zurückhaltend? Afrika verfügt doch beispielsweise über viele begehrte Bodenschätze.**

In den Research-Abteilungen großer Unternehmen und in den mittelständischen Betrieben, die eine sehr stark internationale Perspektive haben, ist das Bewusst-

sein, dass man sich stärker in Afrika engagieren müsste, wahrscheinlich schon vorhanden. Die Frage ist, ob die Firmen schon hinreichend Konsequenzen daraus gezogen haben. Und ich glaube, in der Breite des Mittelstands ist das Thema Afrika immer noch nicht wirklich angekommen.

### **Wie ließe sich das ändern?**

Die Bundesregierung müsste in ihrer Öffentlichkeitsarbeit, aber vor allem auch durch konkretes Handeln – also etwa durch das Einladen afrikanischer Entscheidungsträger nach Deutschland und Reisen mit Wirtschaftsdelegationen in afrikanische Länder – ein größeres Bewusstsein dafür schaffen, dass die Diversifizierung in Richtung Afrika auf der politischen Tagesordnung ganz oben steht. Solche Reisen finden zwar statt, aber nach unserer Einschätzung nicht in dem erforderlichen Maß und immer auch abhängig davon, ob es nicht gerade andere Themen gibt, die als wichtiger eingeordnet werden. Dabei sind es ja gerade Krisen und Konflikte wie

jetzt im Nahen Osten, die eine Diversifizierung und das Erschließen neuer Märkte in besonderer Weise notwendig machen. Wenn man sich die geopolitische Risikolage anschaut, dann spricht alles für Afrika mit seinen noch unerschlossenen Potenzialen.

**China investiert schon lange in Afrika. In Sambia kontrollieren chinesische Firmen die Hälfte des Mininggeschäfts, im benachbarten Kongo sogar 70 Prozent. Kommen die Europäer nicht schlicht zu spät?**

Die EU ist nach wie vor mit weitem Abstand der größte Investor auf dem afrikanischen Kontinent und auch immer noch der wichtigste Handelspartner. Aber China hat in den letzten Dekaden stark aufgeholt, vor allem beim Handel. Es gibt nur noch wenige Länder, vor allem in Nordafrika, deren wichtigster Handelspartner nicht China ist. China exportiert massiv verarbeitete Produkte nach Afrika, und zwar Investitionsgüter ebenso wie Konsumgüter. Die Volksrepublik errichtet zudem Infrastruktur und bringt auf der anderen Seite in erheblichem Umfang die dort vorhandenen Rohstoffe nach China, verarbeitet sie dort weiter oder verkauft sie auch unverarbeitet mit Aufschlag in die ganze Welt.

**Wie offen sind afrikanische Unternehmen und Politiker denn angesichts dieser Vormachtstellung Chinas für neue Wirtschaftsbeziehungen mit deutschen und europäischen Partnern?**

Es gibt ein großes Interesse in Afrika, die Wirtschaftsbeziehungen und Volkswirtschaften zu diversifizieren. Die starke Abhängigkeit von China ist in Afrika von vielen als ein zentrales Problem erkannt worden. Wenn wir mit unseren afrikanischen Partnern sprechen oder wenn wir mit deutschen Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent unterwegs sind, fragen viele, warum gerade die deutschen Betriebe in Afrika so zurückhaltend sind.

**In welchen Sektoren Afrikas sehen Sie für die deutsche Wirtschaft das größte Potenzial?**

Deutschland kann für den afrikanischen Kontinent ein exzellenter Partner bei der Industrialisierung sein. Denn viele afrikanische Länder streben danach, ihren Rohstoffreichtum in mehr lokale Wertschöpfung zu verwandeln, einige Länder haben deshalb inzwischen sogar Exportverbote für unverarbeitete kritische Rohstoffe erlassen. Um Wertschöpfung in Afrika zu schaffen, braucht es Industrien, Industrie braucht Maschinen und die deutsche Wirtschaft baut und exportiert sehr erfolgreich Maschinen.

Wenn man sich die einzelnen Sektoren anschaut, gehören die erneuerbaren Energien auf jeden Fall dazu. Die Produktion von grünem Wasserstoff ist ein zentrales Thema in vielen Ländern. Viele Chancen und Möglichkeiten bestehen auch in der Gesundheitswirtschaft, in

Ruanda hat beispielsweise BioNTech die erste kommerzielle Impfstofffabrik Afrikas gebaut. Unsere afrikanischen Partner schätzen deutsche Investitionen vor allem deshalb, weil sie – anders als etwa chinesische – in qualitativ hochwertige Projekte mit hohen lokalen Wertschöpfungsanteilen fließen und vergleichsweise viele Arbeitsplätze vor Ort schaffen.

**Eine höhere Wertschöpfung in Afrika würde die Exportgüter Afrikas verteuern. Sind deutsche und europäische Unternehmen bereit, höhere Preise für Waren aus Afrika zu bezahlen?**

Ich glaube nicht, dass das das zentrale Thema ist, es geht vor allem um die Produktion in Afrika für afrikanische Bedarfe. Wenn man sich den Landwirtschaftssektor anschaut, dann geht ein beträchtlicher Teil der landwirtschaftlichen Rohstoffe Afrikas nach Europa, wo sie verarbeitet und anschließend teilweise zurück nach Afrika exportiert werden. Das Wenigste, was Sie in afrikanischen Supermärkten finden, stammt aus Verarbeitung in lokalen Produktionsstätten. Das bedeutet Verlust lokaler Wertschöpfung und das zu dem Preis, dass es für Afrikaner teurer ist, Lebensmittel einzukaufen, als wenn sie vor Ort produziert und zum lokalen Wohlstand beitragen würden.

Ein anderes Beispiel ist die Mobilität. Selbstverständlich gibt es auf dem afrikanischen Kontinent nicht nur einen Bedarf an importierten Altautos aus der ganzen Welt, sondern auch nach neuen Bussen, neuen Lkw, auch nach neuen, bezahlbaren Pkw. Und diese afrikanischen Mobilitätsbedarfe sind quantitativ so groß, dass – wenn entsprechende Rahmenbedingungen vorherrschen – lokale Produktion oder lokale Teilproduktion sinnvoll wird. Meines Erachtens ist das ein riesiges Potenzial für deutsche Automobilhersteller, insbesondere für Massenhersteller wie Volkswagen.

**Die afrikanischen Staaten wollen auch den Handel untereinander fördern. Dafür haben sie 2018 die afrikanische Freihandelszone, die African Continental Free Trade Area, initiiert. Die letzten Zollsensenkungen sollen aber erst 2063 in Kraft treten. Warum lässt sich Afrika so lange Zeit?**

Das Projekt ist eingebettet in die auf 50 Jahre angelegte sogenannte Agenda 2063 der Afrikanischen Union. Das heißt nicht, dass Zölle so lange fortbestehen sollen. Die größte Freihandelszone der Welt mit 54 Ländern herzustellen, ist ein komplexer Prozess, der über den Abbau von Zöllen hinausgeht. Denn es hilft ja wenig, wenn keine Zölle mehr existieren, aber die Waren nicht von einem afrikanischen Land ins nächste transportiert werden können, weil es keine Straßen, Schienen und sonstige grenzüberschreitende Infrastruktur gibt.

# Der Preis des Öls

**Konjunktur.** Der Irankrieg erhöht die Preise für fossile Brennstoffe. Das hat Folgen für die Wirtschaft weltweit. Deutschland ist davon nicht ausgenommen, es drohen Schäden in zweistelliger Milliardenhöhe.

Im internationalen Schiffsverkehr gibt es trotz der großen Weiten der Meere das eine oder andere Nadelöhr. Der Panamakanal ist eines, der Suezkanal ein anderes. In die Liste gehört auch die Straße von Hormus zwischen dem Oman und dem Iran. Sie ist Teil einer der wichtigsten Seerouten für den Transport von Rohöl.

Nach dem israelisch-amerikanischen Angriff auf den Iran stauen sich derzeit die Ölfrachter vor dieser Meerenge. Der Ölpreis stieg infolgedessen zuletzt deutlich. Die Angriffe des Irans auf andere Öl produzierende Staaten in der Golfregion haben zusätzlichen Preisdruck erzeugt. Das

wirkt sich auch auf die deutsche Wirtschaft aus, denn die Bundesrepublik ist für etwa 2 Prozent des weltweiten Erdölverbrauchs verantwortlich.

Das IW hat die wirtschaftlichen Folgen eines höheren Ölpreises gegenüber einem Basisszenario von 60 Dollar je Barrel simuliert (Grafik):

**Bei einem Preis von 100 Dollar je Barrel Rohöl wäre das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr um 0,3 Prozent geringer, 2027 würde das Minus 0,6 Prozent betragen.**

Der gesamtwirtschaftliche Verlust in den Jahren 2026 und 2027 würde sich auf etwa 40 Milliarden Euro

aufsummieren. Sollte der Preis für Rohöl zeitnah auf 150 Dollar je Barrel steigen und dort verharren, würden sich die Verluste in den beiden Jahren auf mehr als 80 Milliarden Euro verdoppeln.

Auch für die Konsumenten in Deutschland hätte ein dauerhaft hoher Ölpreis negative Konsequenzen:

**Die Verbraucherpreise wären bei einem Ölpreis von 100 Dollar je Barrel in diesem Jahr um 0,8 Prozent höher, im kommenden Jahr sogar um 1 Prozent.**

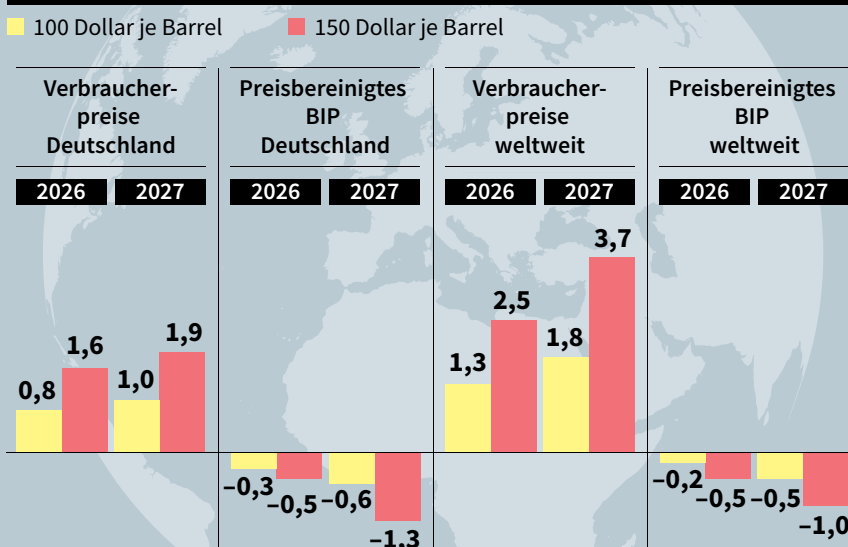
Etwa doppelt so hoch würde der Anstieg der Verbraucherpreise bei einem Preis von 150 Dollar je Barrel Rohöl ausfallen.

Darüber hinaus sind auch indirekte Effekte zu bedenken: So ist die Golfregion ein wichtiger Lieferant für Flüssiggas (LNG). Ein deutlicher Anstieg der Weltmarktpreise für LNG würde Deutschland das Auffüllen seiner nach dem Winter recht leeren Speicher erschweren.

Außerdem wirkt sich der Konflikt zwischen den USA, Israel und dem Iran auf globale Lieferketten und damit auf den weltweiten Handel aus. Deutschland als exportorientierte und handelsoffene Nation würde in besonderem Maße von dauerhaften Spannungen in der Golfregion getroffen.

## Was ein höherer Ölpreis bedeutet

Abweichung vom Basisszenario mit einem Ölpreis von 60 Dollar je Barrel in Prozent



Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd

### IW-Kurzbericht 17/2026

Galina Kolev-Schaefer, Thomas Obst, Thomas Puls, Samina Sultan: Auswirkungen eines steigenden Ölpreises auf die deutsche Wirtschaft

# Fehlender Fortschritt

**Rheinland-Pfalz.** Seit 35 Jahren ist die SPD die stärkste Partei in Rheinland-Pfalz – das könnte sich nach der Wahl am 22. März ändern. Von der künftigen Regierung erwarten die Menschen vor allem mehr Einsatz für Bildung.

Rund 3,1 Millionen Wahlberechtigte entscheiden am 22. März in Rheinland-Pfalz, ob der SPD-Politiker Alexander Schweitzer für weitere fünf Jahre Ministerpräsident bleibt. Er hatte 2024 die langjährige Chefin Malu Dreyer abgelöst, die während ihrer dritten Amtszeit aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat.


Aktuell zeichnet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der SPD und der CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Gordon Schnieder ab. Unabhängig vom Wahlsieger ist ein neues Regierungsbündnis wahrscheinlich, da die derzeit in der Ampelkoalition mitregierende FDP Wahlforschern zufolge an der 5-Prozent-Hürde scheitern dürfte.

Und was steht nach der Wahl an? Den Bürgern zufolge sollte die neue Regierung ihren Fokus zuvorderst auf die Schulen des Landes legen – rund 29 Prozent der Rheinland-Pfälzer hielten Ende Januar in einer Umfrage des Südwestrundfunks die Situation des Bildungssystems für das drängendste Problem. Dass diese Ansicht berechtigt ist, zeigt der INSM-Bildungsmonitor, in dem Rheinland-Pfalz zuletzt als fünftschlechtestes Bundesland abschnitt.

Auf den Plätzen zwei und drei der Mängelliste folgten die Bereiche Zuwanderung (22 Prozent) sowie Mobilität und Verkehr (18 Prozent). In der Wirtschaft sahen 13 Prozent der Einwohner das größte Problem. Diese stagniert seit einiger Zeit:

## Rheinland-Pfalz in Zahlen

im Jahr 2025



	Rheinland-Pfalz	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro	44.046	50.819
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung gegenüber 2010 in Prozent	13,8	16,9
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung gegenüber 2010 in Prozent	20,9	24,7
Arbeitslosenquote in Prozent	5,5	6,3
Glasfaserversorgung der privaten Haushalte mit mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde in Prozent	37,0	42,9

Bruttoinlandsprodukt: Stand 2024

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Gigabit Grundbuch, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder © 2026 IW Medien / iwd



### Der Konjunkturklimaindex der IHK Pfalz stand im Frühjahr 2026 bei 89 Punkten und damit nur zwei Punkte über dem Niveau des Frühjahrs 2024.

Bei einem Indexwert von 100 würden alle Unternehmen ihre Geschäftslage als befriedigend bewerten – das tut aber aktuell nur rund die Hälfte, 30 Prozent beurteilen sie als schlecht. Für die Zukunft rechnen fast 60 Prozent der Betriebe mit weiterem Stillstand, ein Viertel erwartet sogar schlechtere Geschäftslage. Dabei könnte die rheinland-pfälzische

Wirtschaft neue Impulse gebrauchen (Grafik):

### Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner wuchs in Rheinland-Pfalz von 2010 bis 2024 um knapp 14 Prozent und damit um rund 3 Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt.

Anlass zur Hoffnung gibt immerhin die Landeshauptstadt Mainz, in der das BIP je Einwohner dank des dort ansässigen Pharmaunternehmens BioNTech zwischen 2018 und 2023 bundesweit am drittstärksten gewachsen ist.

# Im Westen noch Lücken

**Ganztagsbetreuung.** Ab dem Schuljahr 2029/2030 haben sämtliche Grundschul-kinder in Deutschland einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Doch in fast allen westdeutschen Bundesländern dürfte die Zahl der Ganztagsplätze auch dann noch zu gering sein, um die Betreuungswünsche der Eltern erfüllen zu können.

GaFöG – hinter dieser Abkürzung verbirgt sich das im Jahr 2021 beschlossene Ganztagsförderungsgesetz. Es besagt, dass ab 2026 nach und nach ein Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung an den deutschen Grundschulen eingeführt wird. Ab dem Schuljahr 2029/2030 haben dann Kinder in allen vier Grundschuljahrgängen einen Anspruch darauf, montags bis freitags für jeweils acht Zeitstunden in Schulen oder Tageseinrichtungen wie Horten betreut zu werden. Dies gilt grundsätzlich auch in den Schulferien – die Länder dürfen die entsprechenden Einrichtungen nur für maximal vier Wochen im Jahr schließen.

Das IW hat vor dem Hintergrund dieser rechtlichen Verpflichtung untersucht, wie es aktuell mit der Ganztagsbetreuung von Grundschulern in Deutschland aussieht. Der Befund zeigt eine Zweiteilung (Grafik):

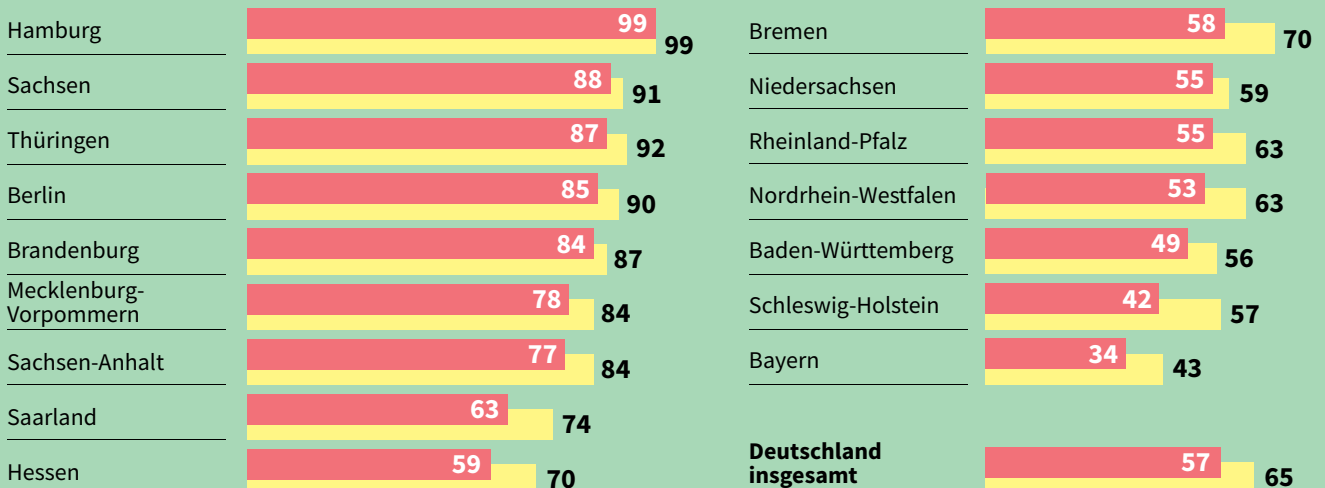
**In Hamburg sowie in sämtlichen ostdeutschen Bundesländern wurden im Jahr 2024 bereits mehr als drei Viertel der Grundschüler ganztags betreut.**

Zwar ist der Bedarf laut Angaben der Eltern derzeit noch teils höher als das Angebot, doch angesichts der zu erwartenden rückläufigen Kinderzahlen wird das Ganztagsangebot zum Ende des Jahrzehnts sowohl in Ostdeutschland als auch in der Hansestadt die Betreuungs-

## Grundschul Kinder: Große Spanne bei Ganztagsbetreuung

So viel Prozent der Grundschul Kinder wurden im Jahr 2024 ganztags betreut

■ So hoch müsste die Betreuungsquote sein, um den Bedarf der Eltern zu decken, in Prozent



wünsche der Eltern abdecken oder sogar übererfüllen können.

Als Musterland sticht Hamburg hervor – dort steht bereits heute allen Schülerinnen und Schülern bis 13 Jahren von 8 bis 16 Uhr ein kostenfreies Betreuungsangebot zur Verfügung. Gegen Gebühren – die vom Einkommen der Eltern abhängen – ist sogar eine Betreuung ab 6 Uhr und bis 18 Uhr sowie in den Ferien möglich.

Diesen Ländern ohne absehbare Betreuungslücke steht eine zweite Gruppe gegenüber:

**In allen übrigen westdeutschen Bundesländern liegen die Betreuungsquoten derzeit nur zwischen 34 Prozent (Bayern) und 63 Prozent (Saarland) – und damit durchweg deutlich unter dem von den Eltern geäußerten Bedarf.**

Entsprechend müssen diese Länder bis zum Schuljahr 2029/2030 zusätzliche Kapazitäten in der Ganztagsbetreuung schaffen. Wie umfangreich der benötigte Ausbau ist, hängt von der Messlatte ab (Grafik):

**Geht es darum, die aktuell von den Eltern geäußerten Betreuungswünsche zu erfüllen, müssen die neun Bundesländer mit Ausbaubedarf bis 2029/2030 insgesamt knapp 150.000 zusätzliche Plätze in der Ganztagsbetreuung schaffen.**

Am größten ist die Lücke in Nordrhein-Westfalen (45.300 Plätze) und Bayern (42.300 Plätze).

Noch ein deutlich höherer Bedarf an zusätzlichen Ganztagsplätzen ergibt sich, wenn man für alle Bundesländer eine Betreuungsquote von 75 Prozent zugrunde legt. Dieses Niveau entspricht in etwa sowohl der Elternbedarfsquote im Saarland – der höchsten Quote aller Länder, in denen zusätzliche Betreuungsplätze benötigt werden – als auch der aktuellen Betreuungsquote in Sachsen-Anhalt, dem Schlusslicht aller Länder ohne Ausbaubedarf. Auf dieser Basis hat Bayern die größte Ausbaurarbeit zu leisten:

**Sollen 75 Prozent aller Grundschul Kinder in Bayern ganztags betreut werden können, müssen dort bis zum Schuljahr 2029/2030 mehr als 204.000 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden.**

Das liegt vor allem daran, dass die von den Eltern gewünschte Betreuungsquote in Bayern mit derzeit 43 Prozent die bundesweit niedrigste ist. Es ist allerdings zu vermuten, dass dies zumindest teilweise auf die Gebühren zurückzuführen ist, welche die Horte in Bayern weitgehend eigenständig festsetzen können. Folglich könnten vor allem Familien mit niedrigeren Einkommen schlicht deshalb auf den Wunsch nach Ganztagsplätzen für ihre Kinder verzichten, weil ihnen diese zu teuer sind.

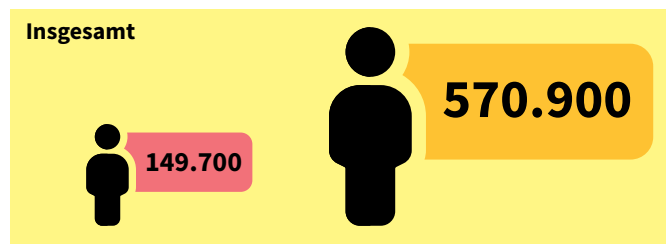
Unabhängig davon ist der Ausbau des Angebots an Ganztagsplätzen für Grundschüler sinnvoll – zum einen,

## Grundschulen: So viele Ganztagsplätze fehlen

So viele Ganztagsbetreuungsplätze müssten an den Grundschulen bis zum Schuljahr 2029/2030 zusätzlich angeboten werden, um ...



- ... den heutigen Betreuungsbedarf aus Sicht der Eltern zu decken
- ... zu gewährleisten, dass 75 Prozent der Kinder ganztags betreut werden könnten



Bundesland	... den heutigen Betreuungsbedarf aus Sicht der Eltern zu decken	... zu gewährleisten, dass 75 Prozent der Kinder ganztags betreut werden könnten
Nordrhein-Westfalen	45.300	125.600
Bayern	42.300	204.300
Baden-Württemberg	22.400	104.800
Hessen	16.200	27.700
Schleswig-Holstein	10.400	28.600
Rheinland-Pfalz	6.800	25.000
Bremen	2.400	3.700
Saarland	2.200	2.500
Niedersachsen	1.700	48.700

Andere Bundesländer: nach heutigem Stand kein Ausbaubedarf

Quellen: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hüskens et al. (2025), Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

weil sich so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern lässt, und zum anderen, weil die Ganztagsbetreuung die Entwicklung und die Bildungsteilnahme vor allem sozial benachteiligter Kinder fördern kann.

Die Politik sollte daher beim Ausbau der Betreuungsangebote unter anderem darauf achten, dass diese für Familien attraktiv sind – im Hinblick auf die Gebühren, aber auch in Sachen Öffnungszeiten. Ferner gilt es, die pädagogische Qualität der Angebote zu sichern und zu gewährleisten, dass die Gruppen nicht zu groß werden.

### IW-Report 7/2026

Wido Geis-Thöne: Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder – In Westdeutschland ist noch ein Ausbau nötig

# Eine Frage der Lage

**Einzelhandelsmieten.** Die Mieten für Einzelhandelsobjekte sind in den deutschen Großstädten im Jahr 2025 wieder deutlich stärker gestiegen als die Verbraucherpreise. Die Entwicklung unterscheidet sich allerdings je nach Lage der Immobilien.

Ob Lebensmittel, Schuhe oder die neue Waschmaschine – alles lässt sich heute bequem mit wenigen Klicks auf dem Smartphone vom Sofa aus bestellen. Der Weg zum Geschäft in der City ist nicht mehr nötig – und so sehen viele Skeptiker den innerstädtischen Einzelhandel im sicheren Niedergang.

Bei genauerem Hinsehen ist die Lage aber nicht ganz so düster. So wächst der Online-Anteil am Gesamtumsatz des Handels kaum noch. Und einer aktuellen IW-Studie zufolge weist die jüngste Entwicklung der Einzelhandels-

mieten in den deutschen Großstädten darauf hin, dass Shopping vor Ort immer noch gefragt ist (Grafik):

**Über 16 deutsche Metropolen hinweg sind die Einzelhandelsmieten im vergangenen Jahr um 6 Prozent gestiegen – ein Plus deutlich über der allgemeinen Preissteigerungsrate.**

Mit 6,4 Prozent haben die Mieten für Einzelhandelsobjekte in den sieben größten Städten – Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, München, Stuttgart – stärker zugelegt als in neun weiteren Städten (plus 5,0 Prozent).

Mittelfristig gesehen, von 2018 bis 2025, war der Anstieg allerdings in den meisten Städten recht ähnlich – mit 2 bis 4 Prozent im Jahresdurchschnitt.

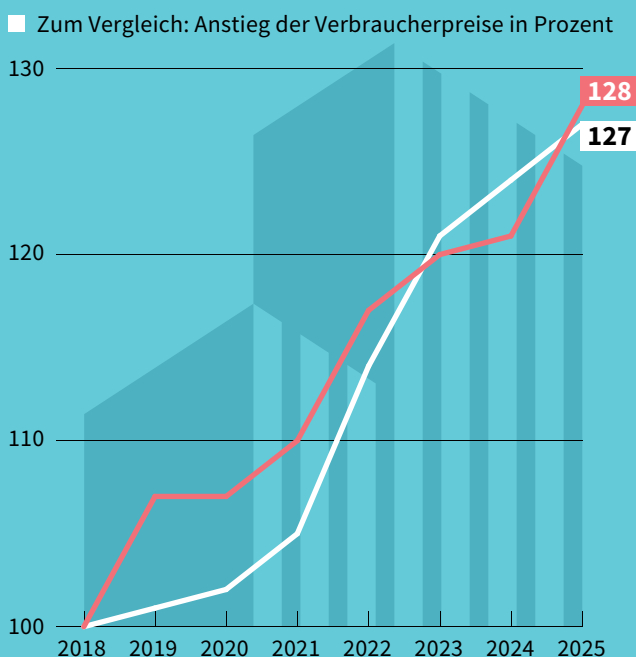
Je nach Lage fallen Mietniveau und -entwicklung jedoch ganz unterschiedlich aus. Aktuell liegt die mittlere Kaltmiete bei den im üblichen Stadtgebiet (ohne Innenstadt- oder Stadtrandlage) angebotenen Einzelhandelsobjekten zwischen 10 Euro in Leipzig und 24 Euro in Berlin. Schaut man nur auf die zentralen Innenstadtlagen, sind es jedoch zwischen 13 Euro in Duisburg und 45 Euro in München.

Die IW-Ergebnisse zeigen zudem, dass der Mietpreisaufschlag, der für Einzelhandelsimmobilien in den Innenstädten im Vergleich zum gesamten Stadtgebiet erzielt wurde, seit 2018 gesunken ist – von im Schnitt 69 auf 52 Prozent.

Doch auch hier gilt es zu differenzieren. Denn speziell für Objekte entlang der Haupteinkaufsstraßen – wie die Tauentzienstraße in Berlin, die Zeil in Frankfurt oder die Schildergasse in Köln – sind die Aufschläge gegenüber den durchschnittlichen Mieten in jüngster Zeit gewachsen und erreichten im Schnitt der 16 Metropolen geschätzt rund 100 Prozent.

## Einzelhandelsmieten steigen wieder stärker

Mietpreise für Einzelhandelsobjekte in 16 deutschen Metropolen, 2018 = 100



16 Metropolen: Berlin, Bremen, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart  
Einzelhandelsmieten: um Qualitäts- und Lageunterschiede bereinigt

Quellen: Eurostat, OpenStreetMap Deutschland, Value AG, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

### IW-Report 6/2026

Christian Oberst, Michael Voigtländer: Mietentwicklung im (inner-)städtischen Einzelhandel 2018–2025

# Kurze Entspannung

**Tarifpolitik.** Im zweiten Halbjahr 2025 gab es in Deutschland nur wenige Tarifverhandlungen. Insgesamt verlief das Tarifjahr vergleichsweise harmonisch.

Ruhe nach dem Sturm – während es im ersten Halbjahr 2025 in den Tarifverhandlungen noch intensiv zur Sache ging (siehe iwd 18/2025), verlief die zweite Jahreshälfte wesentlich entspannter. In Summe war das vergangene Tarifjahr damit relativ konfliktarm (Grafik):

**Im Schnitt erreichten die Tarifverhandlungen 2025 eine Konfliktintensität von 6,4 Punkten. Damit lagen sie um 1,5 Punkte unter dem Durchschnitt der vergangenen 15 Jahre.**

Die Verhandlungen eskalierten dabei im Schnitt bis zur Stufe 2,5 auf der bis Stufe 7 reichenden IW-Konfliktskala.

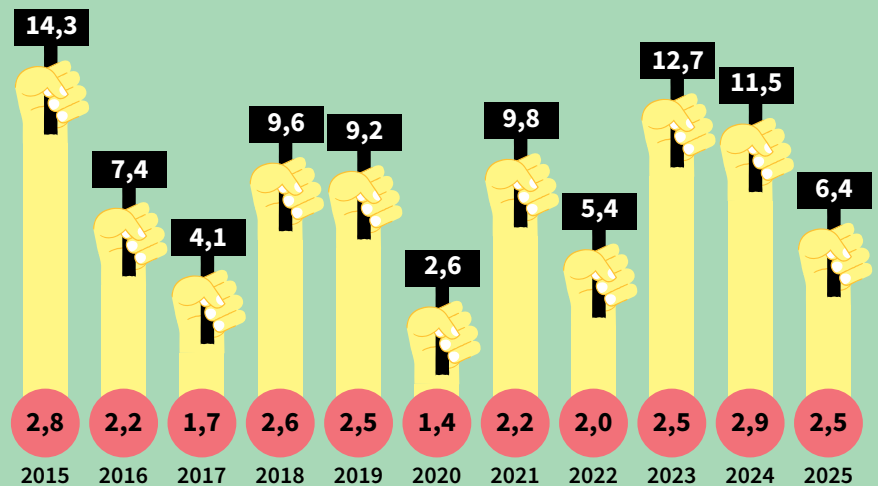
Unüblich harmonisch gingen in der zweiten Jahreshälfte die Gespräche in der Eisen- und Stahlindustrie über die Bühne. Angesichts hoher Energiepreise, gestiegener Zölle und Konkurrenzdruck aus dem Ausland verzichtete die IG Metall auf eine konkrete Gehaltsforderung und die sonst üblichen Warnstreiks. Stattdessen schnürten die Tarifpartner gemeinsam ein Paket, das die Sicherung von Arbeitsplätzen in den Vordergrund stellt – unter anderem durch flexible Regelungen zur Wochenarbeitszeit und Altersteilzeit.

Ähnlich unkompliziert verliefen die jüngsten Tarifverhandlungen für das Kabinenpersonal bei Eurowings. Das Ergebnis: ein zweistufiger Anstieg der Entgelte um insgesamt 5,4 Prozent, eine höhere Gewinnbeteiligung und eine Einmalzahlung von 1.000 Euro.

## Vergleichsweise ruhiges Tarifjahr

Durchschnittliche Konfliktintensität der Tarifverhandlungen in Deutschland in Punkten

■ Durchschnittliche maximale Eskalationsstufe



Angepasste Werte aufgrund größerer Datengrundlage  
 Konfliktintensität und Eskalationsstufe: Alle Konfliktbehandlungen während einer Tarifrunde werden in Eskalationsstufen von 0 bis 7 eingeteilt und mit der entsprechenden Punktzahl bewertet: 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streik- und Aussperrungsdrohung, 2 = Abbruch der Verhandlungen, 3 = Streikankündigung oder -aufruf, 4 = Warnstreik, 5 = Scheitern der Tarifverhandlung und Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6 = Scheitern und Urabstimmung oder unmittelbarer Streikaufruf, 7 = Streik und Aussperrung. Die maximale Eskalationsstufe gibt an, bis zu welcher Konfliktbehandlung sich eine Tarifrunde zugespitzt hat. Die Konfliktintensität ergibt sich aus der aufsummierten Punktzahl aller Eskalationsstufen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2026 IW Medien / iwd

iwd

Deutlich ruppiger ging es in den Verhandlungen für die Piloten der Deutschen Lufthansa zu – die Auseinandersetzung dauert dort nach wie vor an. Und auch im öffentlichen Dienst der Länder kam es nach mehreren Warnstreiks erst Mitte Februar 2026 zu einer Einigung – für den noch kürzlich bestreikten kommunalen Nahverkehr wird gesondert verhandelt.

Die beiden Konflikte deuten bereits an, dass es mit der vorübergehenden Ruhe 2026 schon wieder vorbei sein dürfte. So blieben die im

Januar gestarteten Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie und beim Bodenpersonal der Lufthansa bislang ergebnislos, nur die Deutsche Bahn und die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer kamen Ende Februar zu einer Übereinkunft. Im vierten Quartal steht zudem eine der größten Tarifrunden in der Metall- und Elektro-Industrie an.

### IW-Report 5/2026

Hagen Lesch, Maya Seelhorst: Entspannung durch Verhandlungspausen – Tarifpolitischer Bericht 2. Halbjahr 2025

# Der Hebel am Bau

**Transformation.** Emissionsarme Baustoffe zu produzieren, erfordert hohe Investitionen. Der Staat kann mit einer verlässlichen Nachfrage nach klimafreundlichen Grundstoffen die Investitionsrisiken für die Produzenten verringern und den Markt ankurbeln. Dadurch ließen sich in Zukunft große Mengen CO<sub>2</sub> einsparen. Das Sondervermögen der Bundesregierung vergrößert diesen Effekt noch.

Alle Bereiche der deutschen Wirtschaft müssen Emissionen einsparen, damit Deutschland seine selbst gesteckten Klimaziele erreicht. Die Baubranche ist da keine Ausnahme. Hier liegt vor allem in der

Herstellung der Baumaterialien viel Potenzial, um die eigene Klimabilanz zu verbessern.

Das Problem: Um emissionsarme Produktionsprozesse etwa für Stahl und Zement zu etablieren, sind hohe

Investitionen notwendig. Diese Mehrkosten können die Unternehmen aber nur bedingt an ihre Kunden weitergeben, weil sie im (preislichen) Wettbewerb mit in- und ausländischen Firmen stehen, die auf herkömmliche Produktion setzen.

Eine Lenkungswirkung hat allerdings der Staat. Konkret:

**Wenn Bund, Länder und Kommunen jährlich große Mengen Stahl und Zement für ihre Bauprojekte abnehmen und damit eine verlässliche Nachfrage nach klimafreundlichen Grundstoffen schaffen, sinkt das Investitionsrisiko für die Unternehmen und ihre Planungssicherheit steigt.**

Die Nachfrage nach nachhaltigen Grundstoffen lässt sich durch das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität, in dem in den kommenden zwölf Jahren jährlich rund 30 Milliarden Euro zusätzlich für den Bausektor bereitstehen, weiter steigern.

Wie groß das Potenzial für CO<sub>2</sub>-Einsparungen ist, hat das IW berechnet (Grafik):

**Einschließlich der Effekte des Sondervermögens könnte die Nachfrage nach Stahl im öffentlichen Bausektor ab dem Jahr 2030 bei bis zu 3,7 Millionen Tonnen jährlich liegen.**

## Im Bausektor lässt sich viel CO<sub>2</sub> einsparen

So viele Millionen Tonnen dieser Materialien wird der öffentliche Bausektor ab dem Jahr 2030 voraussichtlich jährlich brauchen

- Darunter: Zusatzbedarf durch das Sondervermögen
- CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial in Millionen Tonnen

### Jährlicher Bedarf

#### Zement



9,7

3,2

1,0

#### Stahl



3,7

1,0

2,5

Einsparpotenzial: Durch Verwenden von emissionsarm hergestelltem Zement beziehungsweise Stahl  
Sondervermögen: Kreditermächtigung in Höhe von 500 Milliarden Euro, mit der Bund, Länder und Kommunen zusätzliche Investitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität ermöglichen wollen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

Durch den Einsatz von emissionsarm produziertem Stahl ließen sich dann knapp 2,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr einsparen. Die Mehrkosten gegenüber konventionellem Stahl lägen bei 228 Millionen Euro.

Auch beim Zement gibt es enormes Potenzial, bis zu 9,7 Millionen Tonnen Absatz sind inklusive der Effekte des Sondervermögens ab 2030 pro Jahr im öffentlichen Sektor möglich. Mit nachhaltiger Produktion ließe sich hier eine Million Tonnen CO<sub>2</sub> vermeiden. Zusatzkosten: etwa 101 Millionen Euro.

So weit die Theorie. In der Praxis gibt es einige Hürden zu überwinden, um das vorhandene Einsparpotenzial vollständig nutzen zu können:

**Zusätzlichkeit.** Die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes hängt zum guten Teil davon ab, ob das Sondervermögen zusätzlich zum regulären Bundeshaushalt zur Verfügung steht. Daran gibt es aber Zweifel, wie IW-Berechnungen zeigen (siehe iwd 24/2025).

**Fachkräfte.** In Deutschland fehlen in vielen Branchen Fachkräfte, so auch im Bausektor. Fachkräfte werden zudem für die umfangreichen Transformationsaufgaben gebraucht, zum Beispiel für den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur. Engpässe auf der einen oder anderen Seite können die Bauprozesse verlangsamen und damit den jährlichen Klimaeffekt verringern.

**Bürokratie.** Regulatorische Hürden und Bürokratie können Bauprojekte teils um Jahre verzögern. Bleiben sie bestehen, sinkt die nachhaltige öffentliche Beschaffung durch die langatmigen Prozesse entsprechend.

**Verfügbarkeit.** Zur Herstellung von emissionsarmem Stahl und Zement braucht es grünen Wasserstoff und Verfahren, um CO<sub>2</sub> zu binden und zu speichern. Die Politik muss alles daransetzen, dass die

## „Leitmärkte sind Industriepolitik“



Foto: IW Medien

**Interview.** Malte Küper ist Senior Economist für Energie- und Klimapolitik im Institut der deutschen Wirtschaft.

**Wie weit sind wir in Deutschland auf dem Weg zum nachhaltigeren Bauen?**

Zunächst die gute Nachricht: Es gibt bereits CO<sub>2</sub>-ärmere Produkte. In der Praxis werden sie aber noch zu selten eingesetzt. Auf kommunaler Ebene entscheidet man aus Risiko- und Zeitdruck häufig weiter nach Preis. Die teureren, grünen Materialien kommen dadurch zu kurz.

**Ist das nicht geregelt?**  
Bisher gibt es vor allem Soll-Vorgaben. Entscheidend ist: Im Vergabebeschleunigungsgesetz braucht es verbindliche, prüfbare Nachhaltigkeitskriterien, damit

Vergabestellen Rechtssicherheit bekommen und die öffentliche Hand als sogenannter Ankerkunde für grüne Baustoffe wirkt.

**Was ist noch notwendig, damit die Transformation auch im Bausektor gelingt?**

Es braucht ein Zielbild für grüne Leitmärkte: kurzfristig die verfügbaren CO<sub>2</sub>-ärmeren Materialien einsetzen, parallel vollständig klimaneutrale Technologien gezielt skalieren. Und: Nur wenn die Investitionen aus dem Sondervermögen wirklich zusätzlich sind, entsteht der Nachfragehebel.

**Wie realistisch sind die Zeitpläne für eine größere Verfügbarkeit klimaneutraler Baustoffe?**

Die Zeitpläne sind ambitioniert. Ohne eine zügig ausgebaute Wasserstoffinfrastruktur und CO<sub>2</sub>-Transport- und Speicherlösungen wird die Verfügbarkeit klimaneutraler Grundstoffe bis 2030 begrenzt bleiben. Hier braucht es mehr Tempo.

**Was ist aus Ihrer Sicht noch zu beachten?**

Leitmärkte sind nicht nur ein klimasondern auch ein industriepolitisches Instrument. Wichtig ist daher, dass auch europäische Produzenten von Stahl und Zement zum Zuge kommen. Das lässt sich mit entsprechenden Klauseln gewährleisten.

Infrastruktur für beides möglichst schnell installiert wird. Verzögerungen führen letztlich zu einem geringeren Angebot an nachhaltigen Baustoffen.

### Gutachten

Malte Küper, Andreas Fischer, Frauke Eustermann, Joachim Schmitz-Brieber: Grüne Leitmärkte – Potenziale des Sondervermögens

# Langfristfinanzierung in Gefahr

**Banken.** Industrie, Verkehr, Energieversorgung und Gebäudesektor – alles soll in der EU in absehbarer Zeit klimaneutral werden. Dafür sind hohe Investitionen nötig, die Banken finanzieren müssen. Angesichts starrer Regulierungen wird das für sie zunehmend schwierig.

Ohne Moos nix los – der altbekannte Spruch trifft auch für den europäischen Weg zur Klimaneutralität zu. Um sich von fossilen Energieträgern zu lösen, Treibhausgas zu

reduzieren und erneuerbare Energien auszubauen, braucht es umfangreiche Investitionen in vielen Bereichen. Dabei ist finanzielle Planungssicherheit entscheidend. Das gilt

sowohl für Großprojekte von der Infrastruktur bis zur Industrie als auch für den privaten Hausbauer.

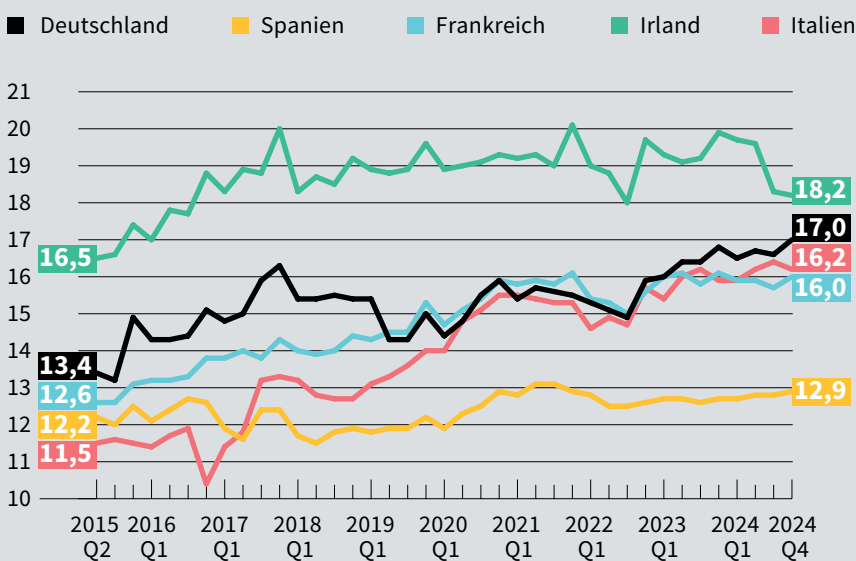
**Entsprechend spielt der Bankensektor in allen Überlegungen eine entscheidende Rolle, denn er muss in den kommenden Jahren und Jahrzehnten massiv Kapital über langfristige Kredite bereitstellen.**

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat errechnet, dass allein im Immobiliensektor für die energetische Sanierung in der EU bis 2045 die jährliche Kreditnachfrage um 339 Milliarden Euro steigen wird. Den größten Teil machen Investitionen in Wohnimmobilien mit mehr als 278 Milliarden Euro aus, Gewerbeimmobilien schlagen mit gut 60 Milliarden zu Buche.

Die Banken müssen dabei stets ihr Eigenkapital im Blick behalten. Denn seit der Finanzkrise 2009 gelten in der EU für sie strenge Regeln, die in verschiedener Form die Eigenkapitalquote betreffen. Diese bemisst das Verhältnis des Kernkapitals der Bank, das sich aus einbehaltenen Gewinnen sowie Gesellschafter- und

## Eigenkapitalquote der Banken gestiegen

Durchschnittliches Kernkapital der Banken in Prozent ihrer risikogewichteten Aktiva



Kernkapital: einbehaltene Gewinne, Gesellschafter- und Aktionärsanteile

Risikogewichtete Aktiva: vergebene Kredite, erworbene Aktien oder Unternehmensanleihen, die mit Risikogewichten multipliziert werden, wobei die Risikogewichte das jeweilige Kreditausfall- oder Preisänderungsrisiko widerspiegeln

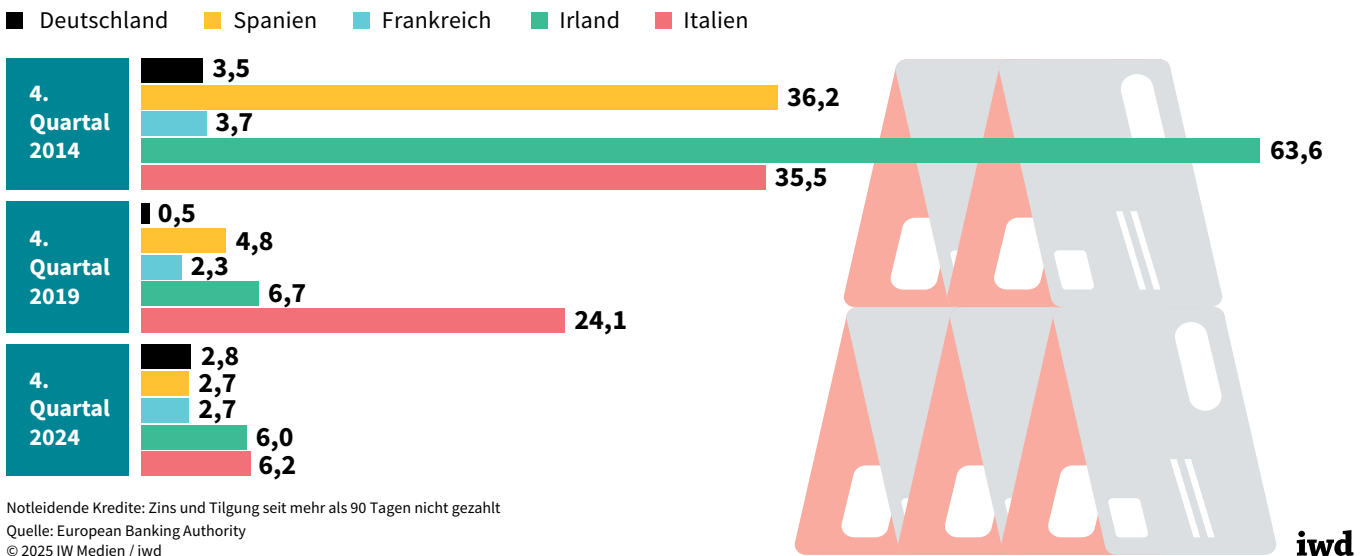
Quelle: European Banking Authority

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

## Deutsche Banken haben wenig faule Kredite

Notleidende Kredite in Prozent der vergebenen Kredite



Aktionärsanteilen zusammensetzt, zu den risikogewichteten Aktiva. Dabei handelt es sich um Kredite, gekaufte Aktien oder Unternehmensanleihen der Bank, die jeweils anhand ihres Ausfallrisikos beziehungsweise des Preisänderungsrisikos eingestuft werden. In den vergangenen Jahren haben die Geldinstitute ihre Puffer ausgebaut (Grafik Seite 14):

**In Deutschland ist die Eigenkapitalquote der Banken von gut 13 Prozent im Frühjahr 2015 auf 17 Prozent Ende 2024 gestiegen.**

Auch in anderen Ländern wie Frankreich und Italien gab es Fortschritte.

Das Problem, vor dem die Geldhäuser nun stehen: Vergeben sie mehr Kredite für die Transformation, steigen ihre risikogewichteten Aktiva.

Sie müssen mehr Kernkapital bilden, um ihre Eigenkapitalquote stabil zu halten. Das ist aber nicht unbegrenzt möglich.

Sollen die derzeitigen Quoten der Banken stabil bleiben, prognostiziert das IW anhand der zahlreichen Aufgaben in Europa bis 2045 einen zusätzlichen Eigenkapitalbedarf der Kreditinstitute von bis zu 867 Milliarden Euro.

Angesichts dieser immensen Summe stellt sich die Frage, ob die aktuellen Regeln noch zeitgemäß sind, zumal sich die Banken ein gesundes Portfolio erarbeitet haben (Grafik):

**Der Anteil der faulen Kredite an allen vergebenen Krediten lag Ende 2024 in den wichtigsten Geldgeberländern in der EU zwischen knapp 3 und gut 6 Prozent.**

Vor allem Irland, Spanien und Italien haben den Anteil der Kredite, deren Zins und Tilgung seit mehr als 90 Tagen nicht gezahlt wurden, in den vergangenen Jahren drastisch verringert.

Angesichts der anstehenden massiven Investitionen und der Stabilität der Kreditinstitute in der EU ist es folglich dringend geboten zu prüfen, ob jeder einzelne Kapitalpuffer hinsichtlich der Langfristfinanzierung notwendig und zielgerichtet ist oder ob Anpassungen der Transformation mehr Tempo und Nachhaltigkeit verleihen.

**Gutachten**

Markus Demary, Niklas Taft, Michael Voigtländer: Herausforderungen und Perspektiven für die Langfristfinanzierung

**Impressum**

**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsidentin:** Angelique Renkhoff-Mücke · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland  
**Redaktionsleiter:** Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger  
**Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,64/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz@iwmedien.de · **In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.**



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

## Zahl der Woche

**Rund  
5.100  
Milliarden  
Dollar**

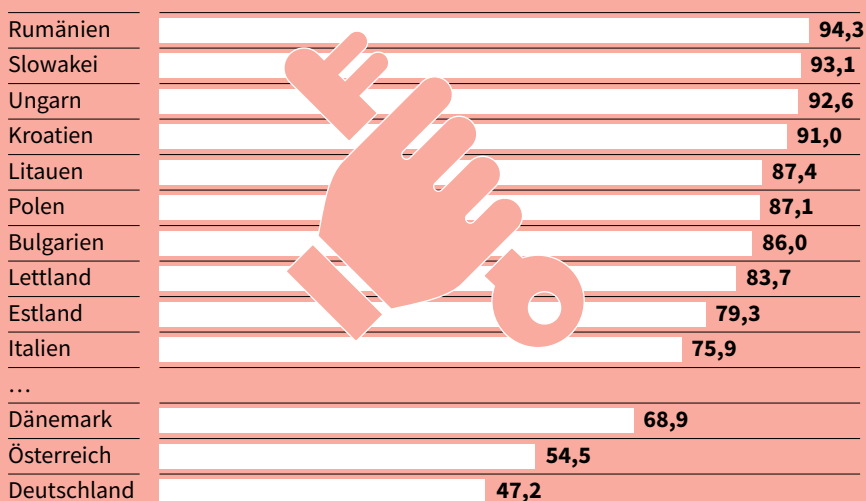


## Top-Liste: Wer hat die meisten Eigenheimer?

Im Jahr 2024 lebten in den EU-Mitgliedsstaaten rund 68 Prozent der Personen im eigenen Haus oder einer Eigentumswohnung, knapp 1 Prozent weniger als 2023. Dabei unterscheiden sich die Wohneigentumsquoten zwischen den EU-Ländern stark: Die höchsten Raten wiesen zuletzt Rumänien mit gut 94 Prozent und die Slowakei mit rund 93 Prozent auf. Den niedrigsten Wert erreicht Deutschland, hier wohnten 2024 nur gut 47 Prozent der Personen im Eigentum, etwas weniger als im Jahr zuvor. Noch niedriger als in der Bundesrepublik ist die Wohneigentumsquote innerhalb Europas nur in der Schweiz: Von den Eidgenossen lebten zuletzt lediglich 42 Prozent im Eigenheim.

### Wohneigentumsquote: Deutschland EU-weit Schlusslicht

So viel Prozent der Personen in den EU-Mitgliedsstaaten lebten 2024 in selbst genutztem Wohneigentum



Quelle: Eurostat  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland im vergangenen Jahr. Damit ist die Bundesrepublik die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Auf eine höhere Wirtschaftsleistung kamen die USA mit 30.800 Milliarden Dollar, gefolgt von China mit 19.500 Milliarden Dollar. Knapp hinter der Bundesrepublik liegt Japan mit einem BIP von 4.400 Milliarden Dollar auf dem vierten Platz. Beide Volkswirtschaften kämpfen mit ähnlichen Herausforderungen: zunehmendem globalen Protektionismus, wachsender Konkurrenz aus China und einer alternden Bevölkerung. Zugleich verlieren Deutschland und Japan seit geraumer Zeit gegenüber den beiden Spitzenreitern an Boden: Die USA und China wachsen deutlich schneller, nicht zuletzt wegen ihrer Führungsrolle in der Hightech-Branche und bei künstlicher Intelligenz sowie ihrer großen Binnenmärkte. Perspektivisch könnte Ende des Jahrzehnts das stark wachsende und bevölkerungsreiche Indien Deutschland überholen. Von einem dynamisch wachsenden indischen Markt kann auch Deutschland profitieren. Erst Ende Januar haben die EU und Indien ein Freihandelsabkommen abgeschlossen.